



...was  
geschieht  
mit unseren  
Straßen?

SOZIAL  
VERTRAUENSLEUTE

VERTRAUENSLEUTE-INFO FÜR DIE VER.DI MITARBEITER/INNEN DER STADTENTWÄSSERUNG

## ERSPART UNS DAS! NEIN ZUR SCHULDENBREMSE

Die Staatsverschuldung ist viel zu hoch.

Auch Hessen hat zu viele Schulden.

Nur mit der Schuldenbremse kann der Schuldenstand abgebaut werden.

*Diskussionsbedarf steigt, immer mehr  
sagen NEIN zur Schuldenbremse...*

## FALSCH!

Die Behauptung, man brauche die Schuldenbremse weil die Staatsschulden zu hoch seien, entbehrt jeder Grundlage. Die Schuldenbremse baut keine Schulden ab. Gleichwohl ist selbstverständlich, dass die Schuldenstandsquote nicht unendlich steigen kann und darf.

Will man die Schuldenstandsquote eines Staates senken, so muss man dies tun ohne das Bruttoinlandsprodukt und sein Wachstum zu gefährden. Durch die Schuldenbremse ist jedoch zu befürchten:

- dass die öffentlichen Haushalte nicht mehr adäquat in Infrastruktur investieren. Doch dann droht ein Verfall von Straßen, Schienen und Leitungsnetzen. Auf diese sind Unternehmen und die Bevölkerung jedoch angewiesen.
- dass die öffentlichen Haushalte Ausgaben kürzen. Doch dann bricht die staatliche Nachfrage weg, volkswirtschaftlich wirkt dieser Einbruch wachstumshemmend.
- dass durch die staatliche Umverteilung Wohlhabende wohlhabender und Ärmere ärmer werden. Doch das ist nicht nur sozial ungerecht, sondern gefährdet auch das Wachstum, denn die Nachfrage durch Wohlhabende ist geringer als die Nachfrage durch ärmere Menschen.

In den letzten Jahren wurde immer wieder versucht, durch massive Kürzungen auf der Ausgabenseite die Staatsverschuldung abzubauen, diese Versuche scheiterten. Sie schwächten die Wirtschaftstätigkeit und führten zu geringeren Steuereinnahmen.

Bei der Volksabstimmung am 27. März wird entschieden, ob das Schuldenverbot in der hessischen Landesverfassung verankert wird. Konkret heißt das, keine neuen Kredite für das Land ab 2020. Wir wollen Hessen nicht lahm legen und sagen deshalb: NEIN zur Schuldenbremse.

**Staatliche Leistungen wie Kinderbetreuung, Bildung, öffentliche Sicherheit und kommunale Infrastruktur dürfen nicht ausgebremst werden.**

### Impressum

erklärwerk wird herausgegeben von den Vertrauensleuten der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, V. i. S. d. P.: Ralf Stamm, ver.di-Bezirk Frankfurt am Main und Region, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069 2569 - 2620 oder ver.di Geschäftsstelle Fachbereich Ver- und Entsorgung und Gemeinden, Bismarckstraße 23, 61169 Friedberg, Tel.: 06031/732815, Druck: ver.di, Redaktion: Petra Scholz (ps) – Hauptredakteurin, Roland Schaus (rs), Günther Schenk (gs), Rainer Fitzek (rf), Erkal Yavuz (ey), Quellen: [www.gerecht-geht-anders-hessen.de](http://www.gerecht-geht-anders-hessen.de); Landesbezirk Hessen, Verantwortliche/r: Jürgen Bothner, Wilhelm-Leuschner Str. 69-77, 60329 Frankfurt, Gestaltung: Petra Scholz, [verdivertrauensleute-sef@web.de](mailto:verdivertrauensleute-sef@web.de)